



202450811 **Tagesspiegel** Andreas Austilat

Vom Stacheldraht zum Stadtquartier

In Berlin-Lichterfelde entstehen Häuser auf dem Gelände eines ehemaligen NS-Kriegsgefangenenlagers. Eine Gedenkstätte ist Teil der Planung. Nur gibt es niemanden, der sie betreiben will

Sein Alltag war kein leichter, wie Jean-René Vidal am 30. Oktober 1941, einem Donnerstag, notierte. Erst hatte er am Bahnhof Marzahn Schotter abgeladen, bei schmaler Kost: „Seit zehn Tagen keine Suppe mehr. Als Tagesration bekommen wir Brot und ein walnussgroßes Stück Käse.“ Dann ging es für den Franzosen abends zurück ins Lager. Mit Deutschen reden, das durfte er nicht. „Wir sind wie das Vieh. Vom Acker in den Stall.“ Das geschah in Berlin, wo Vidal vor mehr als 80 Jahren als Kriegsgefangener interniert war.

Das größte Lager für französische Kriegsgefangene befand sich in Lichterfelde-Süd. Dort, an der Osdorfer Straße kurz vor dem Strand standen auf gut 100 Hektar 30 Baracken hinter Stacheldraht, 20 davon für Häftlinge, der Rest für Werkstätten, Lager, Küchen, Wachpersonal. Einstöckige Zweckbauten, nicht aus Holz wie die erste Generation derartiger Unterkünfte, sondern in Massivbauweise aus Gründen des Brandschutzes. Darin kleine Stuben mit Etagenbetten.

Wie viele Kriegsgefangene hier einst einquartiert waren, darüber gehen die Zahlen auseinander. Dauerhaft waren es wohl 2600, manchmal auch mehr, weil der Komplex als Durchgangslager genutzt wurde. Fünf Wachttürme überragten die Baracken, die nach damaliger Aussage des Roten Kreuzes überbelegt waren. Es war der größte Standort des Stalag III D, einem deutschen Kriegsgefangenenlager, das noch mehrere Ableger verteilt über Berlin hatte.

Die Herausforderung: Wohnen und Gedenken verbinden

Bis vor kurzem standen hier noch fünf Baracken zwischen Büschen und Bäumen, darin Kleingewerbe und Werkstätten. Inzwischen sind drei der fünf Baracken abgeräumt, das Gelände ist eingeebnet und gerodet. Bereit für den ersten Bauabschnitt von Neu-Lichterfelde.

Hier entsteht in den nächsten sieben Jahren ein neues Wohnquartier. 6000 Menschen sollen hier einmal leben, vorn an der Straße in Fünf- und Sechs-Geschossern, gut 500 der 2000 Wohnungen sollen Sozialwohnungen werden. Im hinteren Teil sind rund 400 Reihenhäuser geplant. Eine Grundschule soll hier entstehen, ein Stadtplatz, auf dem sich die neuen Bewohner begegnen, Arztpraxen, Geschäfte, ein Sportfeld. Details etwa über die Ausstattung der demnächst zum Kauf angebotenen Wohnungen gibt es noch keine. Details über eines der beiden bereits bestehenden Gebäude sind Gegenstand der Forschung. Es ist eine von zwei übriggebliebenen Baracken, die einst jeweils 120 Kriegsgefangenen Platz boten, etwa zwölf pro Stube.

Die Groth-Gruppe, Bauherrin des gesamten Unternehmens, hat sich vertraglich verpflichtet, den Erhalt dieser Baracke zu sichern, ebenso wie den einer weiteren, die als Gedenkort bestehen bleiben soll. Wenn sich denn ein Betreiber findet, der diese Aufgabe übernimmt. Das ist derzeit eine offene Frage, seit sechs Jahren.

Im NS-System war Zwangsarbeit alltäglich

Jean-René Vidals Arbeitswoche hatte sechs Tage, jede Schicht zehn bis zwölf Stunden. Bis zu seiner Befreiung durch die Rote Armee am 23. April 1945. Am 30. Mai, nach beinahe fünf Jahren Zwangsarbeit in Kriegsgefangenschaft, kehrte er in seine Heimat bei Bordeaux zurück.



. 20250811 Seite 2 Vom Stacheldraht zum Stadtquartier

ein Schicksal war kein Einzelfall. 1944, auf dem Höhepunkt ihrer Ausbeutung, mussten 4,6 Millionen Kriegsgefangene, 8,4 Millionen zivile Zwangsarbeiter und 1,1 Millionen KZ-Häftlinge in den Grenzen des sogenannten Großdeutschen Reiches arbeiten. Allein in Berlin waren es geschätzt eine halbe Million Menschen.

Beinahe jeder Deutsche profitierte davon. Denn die Zwangsarbeiter waren nicht nur in Großbetrieben tätig. Sie waren überall, in Bäckereien und in Werkstätten, in Schneidereien, sogar als Putzhilfen in Privathaushalten. Und weil sie in jeder Nachbarschaft präsent waren, galt ihr Schicksal den meisten als vollkommen normal. Schließlich durften Zwangsarbeiter, die wie Vidal aus dem Westen Europas kamen, noch auf bessere Behandlung hoffen. Anders als die aus dem Osten, die durch Aufnäher an ihrer Kleidung kenntlich waren. Nicht alle standen unter ständiger Bewachung. Es gab freie Sonntage und Ausgang. Von Kinobesuchen wird berichtet und davon, dass manche sich freiwillig rekrutieren ließen.

Doch mit den kleinen Freiheiten war es schnell vorbei, wenn die Betroffenen nach Hause wollten. Und je länger der Krieg dauerte, desto härter wurden ihre Bedingungen.

Die Vielschichtigkeit des Systems Zwangsarbeit sollte noch ein Nachspiel haben, als es um die Frage der Entschädigung ging. Erst zwischen 2001 und 2007 erhielten Überlebende aus einer Stiftung unter Beteiligung der deutschen Wirtschaft eine einmalige Zahlung zwischen 500 und 7700 Euro. Kriegsgefangene und westeuropäische zivile Zwangsarbeiter blieben allerdings davon ausgeschlossen.

Und das macht vielleicht auch verständlich, warum sich Deutschland, warum sich Berlin lange schwertat mit dem Gedenken an dieses Kapitel nationalsozialistischer Gewaltherrschaft.

Vergangenheit zwischen Streit und Vermarktung

Erst 2006 wurde mit dem Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Niederschöneweide eine Stätte geschaffen, die sich dauerhaft der Erinnerung an dieses Kapitel widmet, vom Alltag der Bewohner und ihrer Bewacher erzählt. Sieben Baracken sind erhalten geblieben, auch weil sie nicht wie ihre Vorgänger aus Holz, sondern erst 1943 aus Stein errichtet wurden, aus Brandschutzgründen, schließlich lagen sie mitten in einem Wohngebiet.

Manche der Anwohner zeigten Mitleid, warfen Kleidung oder Brot über den Zaun, manche redeten sich das Ensemble schön, sprachen von einer Art „Arbeiterhotel“. Eine zynische Betrachtungsweise, denkt man an die 200 Frauen, die aus dem KZ Oranienburg bis 1945 hierhin überführt wurden

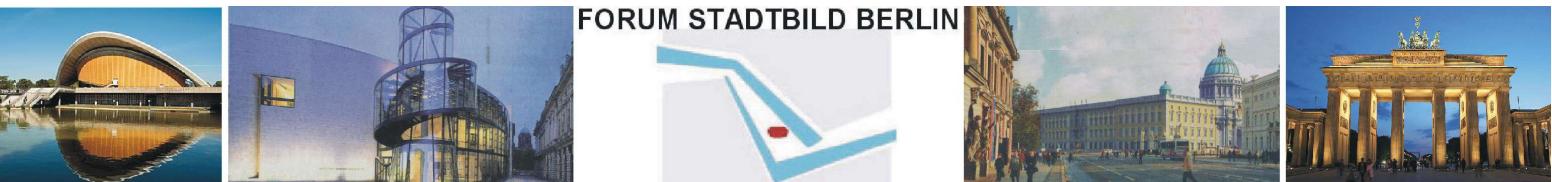
Aber ist mit diesen sieben Baracken nicht alles erzählt? Bedarf es weiterer Erinnerung in einer Stadt, in der der Boden eine knappe Ressource ist?

Die Antwort hat für Martin Sabrow mehrere Aspekte. Sabrow ist Sprecher des von mehr als 20 Leibniz-Instituten getragenen Forschungsverbunds „Wert der Vergangenheit“. Zum einen ist die Vergangenheit ihm zufolge nicht nur Streit-, sondern auch Vermarktungsgegenstand. Berlin profitiert in nicht geringem Maße vom „Dark Tourism“. Sowohl die Zeugnisse der NS-Vergangenheit als auch die der DDR entfalten ihre jeweils ganz eigene Anziehungskraft.

Doch das treibt ihn weniger um als die Tatsache, dass die Zwangsarbeit eine weitgehend vergessene und überdeckte Seite des NS-Regimes und der von ihm betriebenen Ausbeutung war, die sich vor aller Augen abspielte. Nicht nur aus Gewalt und Ideologie gewann der Nationalsozialismus seine Überzeugungskraft, sondern auch aus der Schaffung eines relativen Wohlstands der deutschen Bevölkerung, die ohne Zwangsarbeit kaum denkbar gewesen wäre.

Wie weit und wie lange die Auseinandersetzung damit sich im Stadtgedächtnis niederschlagen soll, wird immer noch ausgehandelt. Wobei die historischen Orte an Bedeutung eher gewinnen werden – in dem Maße, in dem die Zeitzeugen allmählich abtreten, glaubt Sabrow. Entscheidend wird freilich sein, sich auf diesem schmalen Grat zu halten. „Denn wenn wir alles bewahren, erhalten wir vielleicht am Ende nichts, weil Überdruss in Gleichgültigkeit umschlägt.“

Noch immer werden neue Arbeitsstätten entdeckt



20250811 Seite 3 Vom Stacheldraht zum Stadtquartier

So weit scheint es aber noch nicht zu sein. Im Gegenteil, tatsächlich hat der Umgang mit dem Thema an Sensibilität gewonnen. Kaum ein Politiker wird heute noch für schnellen Abriss plädieren, wenn Relikte entdeckt werden. Die Diskussion aber bleibt. Wie soll Gedenken in so einem Fall organisiert werden? Und durch wen?

Beispiele gibt es viele. Sie reichen von der einfachen Gedenktafel bis zur Freiluftausstellung mit entsprechenden Stelen wie ebenfalls in Marzahn-Hellersdorf, die an die Geschichte eines der größten von mindestens 30 Zwangsarbeiterlagern allein in diesem Bezirk erinnert.

Darauf, dass sich das Thema von allein erledigt, weil doch inzwischen alle Orte identifiziert sein müssten, sollte sich freilich niemand verlassen. Denn immer noch werden scheinbar vergessene Stätten entdeckt.

Und manche Orte haben eben noch eine ganz besondere Bedeutung. Zu denen zählt das Stalag III D in Lichtenfelde, das einzige wenigstens in kleinen Teilen erhaltene Kriegsgefangenenlager, von dem eingangs die Rede war.

Über Jahrzehnte wurden die mindestens fünf erhaltene Baracken dort durch Kleingewerbe genutzt, war der ursprüngliche Zweck beinahe in Vergessenheit geraten. Erst als die Groth-Gruppe als Immobilienentwickler das Gelände für ihr Neubauvorhaben erwarb, recherchierten engagierte Lichtenfelder Bürger die Geschichte. Und 2018 bestätigte die Landesdenkmalpflege die besondere historische Bedeutung des Geländes.

Wer trägt die Verantwortung für das Gedenken?

2020 wurde dann eine vertragliche Übereinkunft geschlossen, wonach sich der Immobilienentwickler verpflichtete, zwei Baracken zu erhalten und denkmalgerecht zu sanieren. Eine soll als Jugendfreizeiteinrichtung durch den Bezirk betrieben werden. Das ist unstrittig. Die andere ist als Dokumentationszentrum vorgesehen. Aber bis heute ist unklar, auf wessen Schultern das Objekt betrieben wird.

Anette Mischler, Pressesprecherin der Groth-Gruppe, die das Projekt seit Jahren begleitet, versichert, man werde alle Verpflichtungen einhalten, über die historische Bedeutung sei man sich im Klaren. Aber als Immobilienentwickler sei man nun einmal kein Museumsbetreiber.

Annette Pohlke spricht für die Bürgerinitiative und weiß, dass alle Beteiligten ursprünglich auch auf die Initiative gesetzt haben, „aber wir sind 20 bis 30 Mitglieder, von denen etliche die 60, wenn nicht die 70 überschritten haben, und die Verantwortung für einen langfristigen Betrieb nicht garantieren können“. Es sei allenfalls denkbar, dass man dort temporär etwas anbieten könne, ohne Verantwortung für Haustechnik oder Sicherungspflicht.

Blieben der Bezirk, das Land oder sogar der Bund als Betreiber, die das Projekt zwar mit Wohlwollen betrachten. Bisher will aber ebenfalls keiner die Verantwortung und die Kosten übernehmen.

Immerhin erklärte Ruppert Stüwe, SPD-Bundestagsabgeordneter für Steglitz-Zehlendorf, gegenüber dem Tagesspiegel: „Erinnern braucht konkrete Orte, deshalb muss der Ort in das Gedenkstättenkonzept des Landes aufgenommen werden. Ich sehe nicht, dass der Bezirk Steglitz-Zehlendorf solch einen Ort betreibt. Er muss sich aber Gedanken darüber machen, welche Strukturen es braucht – und das Projekt dann mit Nachdruck betreiben.“

Diesen Nachdruck wünscht sich Annette Pohlke seit Jahren. Denn: „Da finden wir einen historischen Ort, es gelingt uns, seine Erhaltung zu sichern – und dann bieten wir den wie Sauerbier an.“